

RHEINLAND-PFALZ**Umweltschutz  
zum Sozialministerium**

Im Rahmen einer neuen Geschäftsverteilung der Landesregierung ist das bisherige Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport in ein „Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt“ umgebildet worden. Aus dem Landwirtschaftsministerium gehen die Abteilung Umweltschutz sowie zwei Referate aus der Abteilung Wasserwirtschaft in das Sozialministerium über, ferner das Landesamt für Umweltschutz und aus der bisherigen Zuordnung zum Innenministerium die Abteilungen Veterinärwesen, Lebensmittelhygiene, das Landesveterinär-Untersuchungsamt Koblenz und die chemischen Untersuchungsämter. Dafür wird die bisherige Abteilung Sport und Freizeit des Sozialministeriums in Zukunft dem Innenministerium zugeordnet, das jetzt die Bezeichnung „Ministerium des Innern und für Sport“ führt. EB

HESSEN**Qualifiziertere Grundpflege  
in Krankenhäusern**

Der Grundpflege als wesentlichem Element zu mehr Menschlichkeit im Krankenhaus müsse größere Bedeutung beigemessen werden, erklärte die gesundheitspolitische Sprecherin der hessischen CDU-Landtagsfraktion, Ruth Beckmann, Frankfurt, anlässlich des „Tages der Krankenpflege“.

Mit dem Streben nach immer kürzerer Verweildauer und Begrenzung der Krankenhauskosten sei in den letzten Jahren insbesondere die Problematik der längerfristig Kranken in den Hintergrund gedrängt worden. Gerade sie seien aber nach der ärztlichen Akutversorgung auf die psychosoziale Betreuung und mitmenschliche

Zuwendung des Pflegepersonals angewiesen, betonte die CDU-Landtagsabgeordnete. Diese Aspekte müßten unbedingt in die gegenwärtig wieder aktuelle Diskussion über den Mangel an qualifiziertem Krankenpflegepersonal einbezogen werden. EB

SCHLESWIG-HOLSTEIN**170 Millionen DM für  
die Landeskrankenhäuser**

Rund 85 Millionen DM hat die Landesregierung seit 1965 für das Sanierungsprogramm der drei Landeskrankenhäuser Schleswig, Neustadt und Heiligenhafen ausgegeben. Bis Mitte der 80er Jahre soll noch einmal ein etwa gleich hoher Betrag für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden.

Das erklärte Ministerpräsident Dr. Stoltenberg bei der Eröffnung der Zentralklinik im Bereich des Landeskrankenhauses Schleswig-Holteberg für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Der jetzt fertiggestellte Bau soll als Mehrzweckhaus verschiedene Funktionen erfüllen. Der Bettentrakt mit insgesamt 90 Betten ist unterteilt in eine Aufnahme- und eine Therapiestation für Kinder, eine psychosomatische Station für Jugendliche sowie eine Station für die mittelfristige Rehabilitation von verhaltensgestörten Schulkindern. Der Bau ist in vier Jahren entstanden und hat zwölf Millionen DM gekostet.

Nach dem Psychiatrie-Plan für Schleswig-Holstein sind für den Bereich Jugendpsychiatrie kleinere klinische Abteilungen in Kiel, Lübeck und Elmshorn vorgesehen neben einem mit über 500 Plätzen ausgestatteten Krankenhaus in Schleswig am Hesterberg als Zentrum. Damit möglichst viele Patienten näher an ihrem Wohnort stationär behandelt werden können, hat die Landesregierung das Land jetzt in sieben statt wie bisher in drei Versorgungsgebiete eingeteilt. yn

**Laborgemeinschaften  
sind beispielhaft**

Als ein hervorragendes Beispiel, wie auf freiwilliger Basis mit Erfolg Kostendämpfung im Gesundheitswesen praktiziert wird, bezeichnete Staatssekretär Prof. Dr. med. Fritz Beske die Ärztelaborgemeinschaft in Rendsburg. Bei der Vielfalt der heutigen Labordiagnostik sei es dem einzelnen Arzt heute kaum noch möglich, alle teilweise sehr zeitraubenden und apparateaufwendigen Untersuchungen im eigenen Labor vorzunehmen. „In zunehmendem Maße schließen sich deshalb die niedergelassenen Ärzte zu Laborgemeinschaften zusammen.“ In Schleswig-Holstein gebe es Laborgemeinschaften in Kiel, Lübeck, Flensburg, Neumünster, Husum, Heide und Rendsburg. Der Rendsburger Gemeinschaft sind 90 Ärzte angeschlossen, wie ihr Leiter, Dr. Georg Ecker, erläuterte yn

NORDRHEIN-WESTFALEN**Im Gesundheitswesen  
2000 Ausbildungsplätze  
unbesetzt**

An den Schulen des Gesundheitswesens absolvieren nach Mitteilung des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik zur Zeit knapp 28 000 Jugendliche eine Ausbildung für Heil-, Heilhilfs- und Pflegeberufe; etwa 2000 Ausbildungsplätze sind unbesetzt.

Nach dieser Übersicht sind die Schülerzahlen an den Schulen des Gesundheitswesens bereits seit 1975 rückläufig. Eine Ausnahme bilden die Abiturienten: 1978 hatten mehr als doppelt so viele Schüler dieser Ausbildungsstätten, nämlich 4950, das Abitur wie 1975. Übrigens ist, wie die Düsseldorf Statistiker weiter mitteilen, der „typische Auszubildende“ für diese Berufe weiblich und „meistens katholisch“. gb